



WENN DER STAAT TÖTET

TODESSTRAFE IN SÜDKOREA
STAND: 20. JULI 2021

AMNESTY
INTERNATIONAL



TODESSTRAFE IN SÜDKOREA

Seit 1997 hat in der Republik Korea (Südkorea) keine Hinrichtung mehr stattgefunden. Das ostasiatische Land hält ein inoffizielles Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe ein. Die Todesstrafe wird nur noch selten verhängt. 2018 und 2019 verurteilten Gerichte jeweils einen Angeklagten wegen Mordes zum Tode. Anfang des Jahres 2009 mehrten sich die Anzeichen, die südkoreanische Regierung könne Schritte zur Wiederaufnahme von Exekutionen unternehmen.

ANWENDUNGSBEREICH DER TODESSTRAFE

Sowohl das Strafgesetzbuch als auch andere Gesetze sehen die Todesstrafe für eine Vielzahl von Straftatbeständen einschließlich politischer Vergehen vor. Zu den Delikten gehören Mord, Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern mit Todesfolge¹ und Raub in Tateinheit mit einem anderen Schwerverbrechen. Im Betäubungsmittelgesetz ist die Todesstrafe als mögliche Sanktion für verschiedene Drogendelikte vorgesehen. Das Gesetz über zusätzliche Strafen erklärt schwere oder wiederholt verübte Straftaten zu Kapitalverbrechen, darunter gewohnheitsmäßiger Raub; Raub, sofern der Täter sich dieses Delikts zum zweiten Mal schuldig macht und das Opfer Verletzungen davonträgt; Töten oder Verursachen des Todes eines Entführungsofopfers. Unter Rückgriff auf das seit 1948 in Kraft befindliche Nationale Sicherheitsgesetz (*National Security Law*) kann die Todesstrafe zudem für „staatsfeindliche“ Aktivitäten und „Spionage“ verhängt werden, wobei diese beiden Tatbestände nur sehr vage definiert sind². Das Verfassungsgericht hat das Nationale Sicherheitsgesetz im August 2004 überprüft und für verfassungskonform erklärt. Die Todesstrafe ist zwingend vorgeschrieben, wenn sich Staatsangehörige der Republik Korea oder ein sich auf dem Territorium Südkoreas aufhaltender ausländischer Staatsangehöriger feindlichen Kräften anschließt (Verrat). Im Jahr 2016 weitete Südkorea den Anwendungsbereich der Todesstrafe aus und machte sie zu einer möglichen Strafe für einige terroristische Straftaten (Gründen und Mitgliedschaft in einer Terrororganisation).

Auch das Militärstrafgesetzbuch stellt verschiedene Straftaten, darunter Führen eines bewaffneten Aufstandes oder Fahnenflucht durch einen befehlshabenden Offizier, obligatorisch unter Todesstrafe.

Das Nationale Sicherheitsgesetz, das die Verhängung langjähriger Haftstrafen bis hin zur Todesstrafe ermöglicht, wurde trotz zunehmender Forderungen nach seiner Abschaffung unter anderem seitens des Staatspräsidenten und der Nationalen Menschenrechtskommission von der Regierung weder novelliert noch außer Kraft gesetzt.

¹ Am 26. Februar 2021 stimmte die Nationalversammlung einer Gesetzesänderung zu, die den Straftatbestand des tödlichen Kindesmissbrauchs neu regelt und die Todesstrafe als Höchststrafe festlegt.

² Das Nationale Sicherheitsgesetz sieht für regierungsfeindliche Äußerungen, Besitz und Weitergabe regierungsfeindlichen Materials, Mitgliedschaft in regierungsfeindlichen Organisationen und Nichtanzeige derartiger Straftatbestände Strafen bis hin zur Todesstrafe vor.



AUSNAHMEN

Im Falle psychisch kranker Gefangener wird die Urteilstvollstreckung bis zu einer Genesung ausgesetzt. Schwangere Frauen dürfen erst nach der Geburt ihres Kindes hingerichtet werden. Jugendliche Straftäter bis zu einem Alter von 18 Jahren sind grundsätzlich von der Verhängung der Todesstrafe ausgenommen.

GERICHTSVERFAHREN

Nach der Strafprozessordnung müssen eines Kapitalverbrechens Angeklagte vor Gericht von einem Rechtsbeistand vertreten sein. Die meisten Todesstrafenprozesse finden in erster Instanz vor Bezirksgerichten statt. Jedes verhängte Todesurteil unterliegt automatisch der Überprüfung durch ein höheres Gericht, ohne dass ein Gefangener die Möglichkeit hat, auf Rechtsmittel zu verzichten. In der Praxis werden Todesurteile sowohl von einem Oberen Gericht (bei Angehörigen des Militärs einem Oberen Militärgericht) wie auch vom Obersten Gerichtshof in Seoul überprüft.

Der Justizminister (bei Angehörigen des Militärs der Verteidigungsminister) unterzeichnet den Befehl zum Vollzug der Todesstrafe. Gemäß Paragraf 465(1) des Strafprozessgesetzes muss er die Vollstreckung eines Todesurteils innerhalb von sechs Monaten nach Urteilsbestätigung anordnen. Die Hinrichtung hat dann innerhalb von fünf Tagen zu erfolgen.

Der Präsident hat das Recht, Todesurteile umzuwandeln. Von diesem Recht wurde in der Vergangenheit häufiger Gebrauch gemacht.

TODESTRAKT

Ende 2021 befanden sich 59 wegen Mordes rechtskräftig zum Tode verurteilte Männer, darunter vier Militärangehörige und zwei Ausländer, in den Gefängnissen des Landes. Die Bedingungen in den Haftanstalten gelten allgemein als hart. Gefangene im Todestrakt mussten laut Berichten im ersten Haftjahr nach der Urteilsverkündung ständig Handschellen tragen und waren gezwungen, mit auf dem Rücken gefesselten Händen zu essen. Die Angehörigen von Todeskandidaten werden nicht von den bevorstehenden Hinrichtungen in Kenntnis gesetzt.

VOLLZUG DER TODESSTRAFE

Die Hinrichtung einer von zivilen Gerichten verurteilten Person erfolgt durch Erhängen in den Gefängnissen von Seoul, Pusan oder Taegu sowie weiterer Städte. Bei der Hinrichtung müssen Vertreter der Staatsanwaltschaft und Gefängnisbeamte zugegen sein. Angehörige des Militärs werden von einem Exekutionskommando erschossen. Hier ist die Anwesenheit eines Militärarztes vorgeschrieben.



Die letzten Hinrichtungen in Südkorea fanden am 30. Dezember 1997 statt, als 18 Männer und fünf Frauen gehängt wurden. Seit dem Amtsantritt von Präsident Kim Dae-jung im Februar 1998 haben keine Hinrichtungen mehr stattgefunden. Kim Dae-jung war 1980 selbst zum Tode verurteilt worden.

JÜNGSTE ENTWICKLUNG

Im Dezember 2007, nach einem Jahrzehnt ohne Hinrichtungen, hat Amnesty International Südkorea als Staat eingestuft, der die Todesstrafe zwar nicht per Gesetz, aber in der Praxis abgeschafft hat. Trotz des de facto bestehenden Hinrichtungsmoratoriums wurden bis 2015 von den Gerichten – wenn auch selten – Todesurteile gegen schwerer Verbrechen für schuldig befundene Personen gefällt. 2008 erging gegen drei und 2009 gegen mindestens fünf Menschen wegen Mordes das Todesurteil. 2010 wurden vier, 2011 ein, in den Jahren 2012 und 2013 jeweils zwei Todesurteile ausgesprochen und 2014 und 2015 jeweils nur ein Todesurteil gefällt. In den Jahren 2016 und 2017 ergingen gar keine Todesurteile und in den Jahren 2018 und 2019 nur jeweils eines. Trotz dieses restriktiven Gebrauchs der Todesstrafe kann nur durch die unverzügliche Abschaffung dieser Strafe wirklich sichergestellt werden, dass zum Tode Verurteilte auch in Zukunft nicht hingerichtet werden.

Amnesty International war in Sorge, dass die Regierung Schritte zur Wiederaufnahme von Hinrichtungen unternehmen könnte. Im Jahr 2009 gab es ein Verfahren, in dem ein Angeklagter des mehrfachen Frauenmordes für schuldig befunden wurde. In diesem Kontext wurden Forderungen nach einer Wiederaufnahme von Exekutionen laut. Der damalige südkoreanische Präsident Lee Myung-bak sprach sich während seines Wahlkampfes für die Todesstrafe aus. Im September 2009 wurde der spätere Justizminister Lee Kwi-nam noch in seiner Eigenschaft als Kandidat für den Ministerposten von Abgeordneten der Nationalversammlung befragt, ob er Exekutionen auf der Grundlage des bestehenden Strafrechts zustimmen würde. Wiederholt äußerte er, dass er im Falle seiner Vereidigung als Minister verschiedene Meinungen zur Wiederaufnahme von Exekutionen ernsthaft prüfen wolle. Drei Parlamentarier forderten ihn auf, die im Strafrecht vorgesehenen Hinrichtungen wieder aufzunehmen. Gründe, weshalb er keine eindeutige Position bezog, war möglicherweise einerseits ein zu der Zeit vor dem Verfassungsgericht anhängiges Verfahren über die Zulässigkeit der Todesstrafe und ist andererseits der internationale Druck.

Seit 1999, und somit in verschiedenen Legislaturperioden, sind mehrere Gesetzesentwürfe zur Abschaffung der Todesstrafe in die südkoreanische Nationalversammlung eingebracht worden. Obwohl die Mehrheit der Abgeordneten diese Initiativen befürwortete, wurde nie ein solches Gesetz verabschiedet, weil es stets an Verfahrensfragen scheiterte. In Südkorea können Gesetzesentwürfe in die Nationalversammlung eingebracht werden, wenn mindestens zehn Abgeordnete den Vorschlag unterschreiben. Der Entwurf wird dann zur Überprüfung und Zustimmung an den entsprechenden Parlamentsausschuss, in diesem Fall der Rechts- und Justizausschuss (*National Assembly Legal and Judiciary Committee*), weitergeleitet. Anschließend wird der Vorschlag zur endgültigen Abstimmung dem Plenum der Nationalversammlung vorgelegt. In allen Fällen hatte der Rechts- und Justizausschuss des Parlaments seine Überprüfung des Verbotsantrags zurückgestellt und somit nicht fristgemäß abgeschlossen. Jedes Mal wurde der Gesetzesentwurf also im letzten Verfahrensschritt hinfällig, es kam zu keiner Schlussabstimmung.



Im Dezember 2014 kündigte der Parlamentarier der Opposition, Yoo In-tae, erneut einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe an. Dieser wurde am 7. Juli 2015 von mehr als der Hälfte der Abgeordneten (172 von 298) ins Parlament eingebracht.

Bei den Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über ein weltweites Hinrichtungsmoratorium enthielt sich Südkorea in den Jahren 2007 bis 2018 stets der Stimme. Im Dezember 2020 unterstützte jedoch Südkorea erstmals die Forderung der UN nach einem weltweiten Hinrichtungsstopp und stimmte der 8. Resolution zu.

Der Verfassungsgerichtshof befasste sich mit der Beschwerde eines zum Tode verurteilten Gefangenen, der geltend machte, dass die Todesstrafe gegen die Verfassung des Landes verstoße. Am 25. Februar 2010 urteilte das Gericht mit fünf zu vier Stimmen, dass die Todesstrafe nicht gegen „die Würde und den Wert des Menschen“ verstößt, Werte, die durch die Verfassung geschützt werden.

Am 16. März 2010 sagte Justizminister Lee Kwi-nam, die Regierung prüfe sorgfältig die Möglichkeit, Hinrichtungen wieder durchzuführen. Er gab im März 2010 Meldungen zufolge den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer neuen Hinrichtungskammer im Cheongsong-Gefängnis in der Provinz Nord-Gyeongsang. Spätere Berichte lassen darauf schließen, dass dieser Plan im Oktober 2010 vorläufig ausgesetzt wurde. Justizminister Lee Kwi-nam schied im August 2011 aus dem Amt.

Beim Untergang eines Fährschiffs vor der südkoreanischen Küste kamen im April 2014 mehr als 300 Menschen ums Leben. Im Prozess gegen Crew-Mitglieder verlangte die Anklage Ende Oktober 2014 die Todesstrafe für den 69-jährigen Kapitän und begründete dies mit der besonderen Schwere der Taten. Der Kapitän und drei weitere Besatzungsmitglieder hatten die Fähre verlassen, ohne auch nur irgendeinen Versuch unternommen zu haben, Passagiere zu retten. Alle vier waren wegen fahrlässiger Tötung in besonders schwerem Fall angeklagt. Das Gericht verhängte schließlich gegen die vier Angeklagten wegen Pflichtverletzungen und Fahrlässigkeit Haftstrafen zwischen 15 und 36 Jahren.

Am 3. Februar 2015 verurteilte ein Militärgericht in Wonju, Provinz Gangwon, einen 23-jährigen Unteroffizier zum Tode, der bei einem Amoklauf Ende Juni 2014 fünf Kameraden getötet und weitere sieben verletzt hatte.

Im Rahmen der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (*Universal Periodic Review*), ein Mechanismus des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, appellierte der Ausschuss im Oktober 2015 an die Behörden des Landes, mit Blick auf die Abschaffung der Todesstrafe im Gesetz, alle Todesurteile umzuwandeln. Das Gremium drängte Südkorea auch, das Zweite Fakultativprotokoll zum UN-Zivilpakt zu ratifizieren.

Am 2. März 2016 verabschiedete die Nationalversammlung das von der Regierung unterstützte Gesetz zur Verhütung des Terrorismus zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit. Es sieht die Todesstrafe als Höchststrafe für diejenigen vor, die für schuldig befunden werden, „terroristische Organisationen“ gegründet oder ihnen beigetreten zu sein, und die als „Rädelsführer“ identifiziert wurden.

Im Juni 2019 lehnte die Regierung eine Empfehlung der Nationalen Menschenrechtskommission ab, das zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu ratifizieren, das auf die Abschaffung der Todesstrafe abzielt.



Im Laufe des Jahres 2020 wurden keine neuen Todesurteile gefällt. Im Juni 2020 wandelte der Obere Gerichtshof von Busan das im November 2019 ergangene Todesurteil gegen einen Mann um, weil er eine schwere geistige (psychosoziale) Behinderung hat. Der Oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung im Oktober 2020.

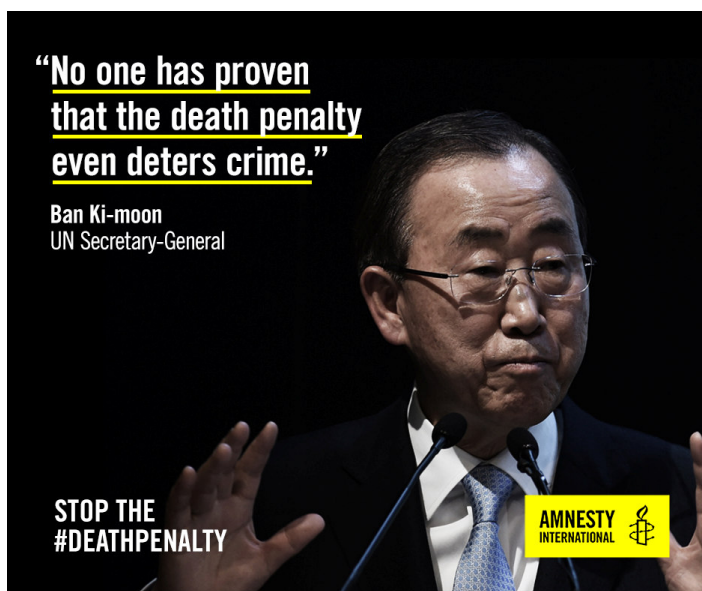
Am 7. Oktober 2021 brachten 30 Mitglieder der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe ein, der zum Jahresende vor dem Gesetzgebungs- und Justizausschuss des Kongresses noch anhängig war. Auch 2021 ergingen keine Todesurteile.

Am 20. Juli 2022 hat die katholische Kirche in Südkorea gemeinsam mit anderen religiösen Gruppen zur Abschaffung der Todesstrafe aufgerufen und sie als verfassungswidrig bezeichnet. „Das Leben ist ein absoluter Wert, der nicht durch ein Gerichtsurteil abgeschafft werden darf“, heißt es in einer Mitteilung. Auch die präventive Wirkung der Todesstrafe sei aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht keineswegs erwiesen, argumentiert die Justiz- und Friedenskommission der koreanischen Bischöfe. Hintergrund des Aufrufs ist eine dritte Anhörung des Verfassungsgerichts, das darüber befinden soll, ob das derzeitige Todesstrafen-Moratorium in dem ostasiatischen Land aufrechterhalten werden soll oder nicht. Die letzte Hinrichtung fand in Südkorea vor etwa 25 Jahren statt. Ungeachtet des Moratoriums sind seither 59 Angeklagte zum Tode verurteilt worden. 2018 hatte die Nationale Menschenrechtskommission Südkoreas eine Umfrage durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass 70 Prozent der fast 1.000 Befragten die Abschaffung der Todesstrafe befürworteten und alternative Verurteilungen akzeptieren würden. Bei der Studie wurden auch die Meinungen von 132 Expert*innen eingeholt, die sich größtenteils ebenfalls gegen die Todesstrafe aussprachen.

FORDERUNG

Eine Wiederaufnahme der Hinrichtungen würde dem Schutz der Menschenrechte in Südkorea zuwiderlaufen und käme zu einem Zeitpunkt, wo sich ein klarer internationaler Trend gegen die Todesstrafe etabliert hat. „Jeder Schritt zurück würde das internationale Ansehen Südkoreas enorm beschädigen. Als eines der wirtschaftlich stärksten Länder sollte Südkorea mit gutem Beispiel vorangehen und das Recht der Menschen auf Leben achten“, sagte Roseann Rife, Vizedirektorin des Asien-Pazifik-Programms bei Amnesty International.

Amnesty International fordert den Justizminister Südkoreas auf, an dem Hinrichtungsmoratorium festzuhalten und das Ziel zu verfolgen, die Todesstrafe abzuschaffen, wie es mehrere Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen über einen Hinrichtungsstopp fordern.



IMPRESSUM

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Koordinationsgruppe gegen die Todesstrafe . Postfach 10 02 15 . 52002 Aachen

W: www.amnesty-todesstrafe.de

E: info@amnesty-todesstrafe.de

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft Köln

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX

ONLINESPENDEN:

www.amnesty.de/spendentool

BILDNACHWEIS:

Titelbild: Demonstration von Amnesty International gegen die Todesstrafe in Südkorea am 10. Oktober 2009 © Amnesty International



AMNESTY SAGT NEIN ZUR TODESSTRAFE UND SIE?

Amnesty International setzt sich seit mehr als 40 Jahren für zum Tode Verurteilte ein und fordert eine Welt ohne Todesstrafe.

Oft können wir uns über Erfolge freuen: Immer mehr Staaten wenden sich von dieser unmenschlichen Strafe ab. Doch noch ist viel zu tun, bis dieses Ziel von Amnesty International erreicht ist: Eine Welt ohne Todesstrafe.

Nur mit Ihrer regelmäßigen Unterstützung können wir die wichtige Arbeit von Amnesty International weiterführen und uns für die Menschenrechte stark machen!

Unterstützen Sie uns bitte. Finanziell durch eine Fördermitgliedschaft, eine Spende (bitte die Kennziffer **2906** als Empfänger angeben) oder werden Sie Mitglied.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.amnesty-todesstrafe.de/mitmachen

Oder senden Sie diesen Coupon an:

AMNESTY INTERNATIONAL

Koordinationsgruppe gegen die Todesstrafe
Postfach 10 02 15
52002 Aachen

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

www.amnesty.de
www.amnesty.org/en/what-we-do/death-penalty/
www.amnesty-todesstrafe.de

VORNAME, NAME

STRASSE

PLZ, ORT

TELEFON, E-MAIL

Ich unterstützte die Amnesty-Gruppe 2906 durch einen jährlichen Beitrag von _____ Euro.
Ab einem Förderbeitrag von 84 Euro erhalte ich alle zwei Monate das Amnesty Journal, das Magazin für die Menschenrechte.

Zahlungsweise:

- monatlich _____ Euro
- halbjährlich _____ Euro
- vierteljährlich _____ Euro
- jährlich _____ Euro

Einzugsermächtigung: Ich bin damit einverstanden, dass mein Förderbeitrag für die Gruppe 2906 bis auf Widerruf von meinem Konto abgebucht wird.

IBAN

BANK, BIC

Dauerauftrag: Ich richte einen Dauerauftrag in Höhe von _____ Euro für das Spendenkonto von Amnesty International bei der Bank für Sozialwirtschaft ein.

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100

BIC: BFS WDE 33XXX

Verwendungszweck: **2906**

DATUM, UNTERSCHRIFT

